

Harald Wolf

(Nicht)Regieren ist auch keine Lösung

Chancen, Risiken und Nebenwirkungen, wenn Linke sich beteiligen

VSA:



Harald Wolf
(Nicht)Regieren ist auch keine Lösung

Harald Wolf, von 1991 bis 2020 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, von 1995 bis 2002 Vorsitzender der PDS-Fraktion, folgte im Sommer 2002 Gregor Gysi im Amt des Wirtschaftssenators nach und wurde Stellvertreter des Regierenden Bürgermeisters. Nach dem Ende der rot-roten Koalition im November 2011 wurde er verkehrs- und energiepolitischer Sprecher der Fraktion. Aktuell ist er Bundesschatzmeister der Partei DIE LINKE. 2016 veröffentlichte er im VSA: Verlag den Band »Rot-Rot in Berlin. 2002 bis 2011: eine (selbst-)kritische Bilanz«.

Harald Wolf

**(Nicht)Regieren
ist auch keine Lösung**

Chancen, Risiken und Nebenwirkungen,
wenn Linke sich beteiligen

Eine Veröffentlichung
der Rosa-Luxemburg-Stiftung

www.vsa-verlag.de

www.rosalux.de



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

© VSA: Verlag 2021, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Druck und Buchbindearbeiten: CPI books GmbH, Leck
ISBN 978-3-96488-095-6

Inhalt

Vorwort	9
---------------	---

Alles schon mal dagewesen? Die Debatten um Linke und Regierungsbeteiligung 1899-1989

Sozialistische Politik in einer bürgerlichen Regierung?	15
Der »orthodoxe Marxismus« der II. Internationale und Luxemburgs Kritik am »Millerandismus«	
Die Kritik der Regierungspraxis Millerands	16
Rosa Luxemburg zur Rolle von Partei, Staat, Regierung und Parlament	19
Rosa Luxemburg und der »orthodoxe Marxismus« der II. Internationale	23
1918: Rosa Luxemburgs Kritik der Orthodoxie der Vorkriegssozialdemokratie	26
Die Diskussion der KPD über Einheitsfront und Arbeiterregierung	35
Der »linke Radikalismus« der jungen KPD	36
Generalstreik gegen den Kapp-Putsch und die Initiative der Gewerkschaften für eine Arbeiterregierung	39
»Loyale Opposition« zu einer Arbeiterregierung – die Debatte in KPD und Komintern beginnt	42
Die »Politik des Offenen Briefs« und die Einheitsfrontpolitik	45
Die Arbeiterregierung: politische Zuspitzung der Einheitsfrontpolitik	49
Die »Leitsätze über die Taktik der Kommunisten in den Landesparlamenten«	51
Kommunistische Beteiligung an einer Arbeiterregierung?	53
Die Beteiligung der KPD an den Koalitionsregierungen 1923 in Sachsen und Thüringen und das Scheitern des »deutschen Oktobers«	58

»Den Tiger reiten?«: Die Debatte der Grünen über Koalitionen und Tolerierungspolitik	65
»Mehrheiten diesseits der Union« und die »Hamburger Tolerierungslinie«	67
Hessen: Von der Fundamentalopposition zur »Realpolitik«	71
Ende der Tolerierung und der Marsch in die Koalition	75
Das Ende der Hamburger Tolerierungspolitik	81
Stützung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung und wechselnde Mehrheiten als Ausweg aus dem grünen Dilemma?	83
Von der »Jahrhundertchance« zum Regieren als Selbstzweck	86

»Sachzwang Weltmarkt« und Linksregierungen Frankreich, Griechenland, Portugal

Das Scheitern des französischen sozialistischen Experiments (1981-1983)	91
Der »Keynesianismus in einem Land« stößt an seine Grenzen	94
Das Europäische Währungssystem und das Ende der Reformpolitik	95

Zerbrochene Hoffnung: Syriza und der gescheiterte Kampf gegen die Austerität	103
Das »erste Hilfsprogramm«	105
Der Aufstieg der Syriza und die Orientierung auf die Regierungsübernahme	107
Syriza an der Regierung und die »Interimsvereinbarung«	109
Verhandlungen und wachsender Druck der »Troika«	112
Referendum unter erpresserischem Druck	114
#ThisIsACoup: Die Unterwerfung unter das Diktat der »Troika« ...	116
Austritt aus der Eurozone: eine Alternative?	117
Varoufakis' »Plan B«	120
Eine Niederlage, kein »Verrat«	122
Fehlstellen: Orientierung auf soziale Bewegungen und Transformation des Staates	127

Portugal: Linke Alternative oder »Austerität light«?	133
Minderheitsregierung als »Klapperkiste«	135
Erfolge und Konflikte	138
Gesundheitspolitik als Kern der Auseinandersetzungen	140

Tolerieren und Koalieren: Erfahrungen der PDS und der LINKEN

Das »Magdeburger Modell«: Tolerierung oder »Koalition ohne Minister«?	147
--	-----

Nordrhein-Westfalen: Rot-grüne Minderheitsregierung mit wechselnden Mehrheiten	155
---	-----

Berlin 2002-2011: Regieren in einer bankrotten Stadt	167
---	-----

Finanzielle und politische Überlastung der rot-roten Regierung nach 2001	168
Überfällige Sanierung der öffentlichen Unternehmen	174
Koalitionskonflikt um die Hartz-Gesetze	176
Linke Reform-Erfolge	178
Rot-rote Schlussfolgerungen nach 2006	178
Die Wahlen 2011 und die Folgen	180

»Regieren in Bewegung?« Rot-Rot-Grün in Berlin	183
---	-----

Arbeitsfelder: Rekommunalisierung der Stromversorgung, Verkehrswende	183
Der Kampf um den »Mietendeckel«	185
Resümee	189

Thüringen: »Bollwerk gegen rechts« oder »Regieren ohne Hegemonie«	191
--	-----

2009-2014: Auf dem Weg in eine linke Reformregierung	191
2014-2019: Rot-Rot-Grün unter dem ersten LINKEN Ministerpräsidenten	193
Erfolge und Hindernisse der Regierungskoalition	195
2019/20: Linke Minderheitsregierung und rechter Tabubruch	198
Bleibende Herausforderungen für Rot-Rot-Grün	201

Probleme linker Regierungsbeteiligung

(Nicht)Regieren ist auch keine Lösung	205
Historische Wendepunkte auf dem Weg zu einer radikalen Reformpolitik	207
Parteien und Koalitionen	209
DIE LINKE als Minderheit in Regierungen	212
Erfolgswege und Hindernisse für linkes Regieren	216
Bewusstsein über die Widersprüche linken Regierens schaffen	219

Vorwort

Sollen und dürfen sich Sozialistinnen und Sozialisten an einer Regierung im bürgerlich-parlamentarischen Staat beteiligen? Diese Frage löst immer wieder heftigste Diskussionen und Streit unter Linken aus. Und tatsächlich – linke Regierungsbeteiligungen waren selten Erfolgsgeschichten. Anfänglich mit Euphorie und Hoffnung begleitet, verkehrten sich die ursprünglichen Ziele im Verlaufe der Regierungszeit oftmals in ihr Gegenteil. Die rot-grüne Bundesregierung endete mit dem größten Angriff auf den deutschen Sozialstaat und schickte erstmals in der bundesdeutschen Geschichte Soldaten in Kriegseinsätze. Die sozialistische Regierung im Frankreich der 1980er Jahre startete mit einem links-keynesianischen Programm und vollzog mit der Politik der »rigueur« eine Wende zur Austerität. Und das in der europäischen Linken mit vielen Hoffnungen verbundene Experiment von Syriza endete in einer Niederlage. Syriza scheiterte am Widerstand der Troika und musste – wie die Vorgängerregierungen – entgegen ihrem eigenen Programm Kürzungen und Privatisierungen umsetzen. Also Finger weg von Regierungsbeteiligungen der Linken?

Andererseits aber kann auch eine allein auf außerstaatliche Bewegung und einen revolutionären Umsturz setzende Politik nicht beanspruchen, erfolgreicher gewesen zu sein. Zwar konnten Gewerkschaften und soziale Bewegungen Druck auf die staatlichen Institutionen ausüben und soziale, demokratische und kulturelle Reformen erringen. Diese blieben jedoch – ohne den damit verbundenen gesellschaftlichen Fortschritt gering schätzen zu wollen – Reformen innerhalb des Kapitalismus, ohne ihn je infrage zu stellen. Und dort, wo die Linke die politische Macht revolutionär eroberte, versandete der anfängliche emanzipatorische Impuls angesichts der realen Probleme der Umgestaltung bald in der Etablierung eines bürokratischen Apparats oder endete gar in der Etablierung autokratischer Herrschaftsformen.

Die Diskussionen in der Linken über Regierungsbeteiligungen bleiben häufig an der Oberfläche. Viel zu schnell gleiten sie in Polemiken ohne Erkenntnisgewinn ab, wenn die Kontrahenten sich wechselseitig des »Opportunismus« oder des »fundamentalistischen Sektierertums« bezichtigten. Beide Seiten reproduzieren damit das immerwährende Dilemma linker Politik: die Gefahr der Integration in den bürgerlich-parlamentarischen Betrieb und den gesellschaftlichen Mainstream auf der einen und die notwendige Autonomie gesellschaftsverändernder Bewegungen auf

der anderen Seite. Diesem real existierenden Widerspruch kann man jedoch nicht entgehen, indem man sich jeweils auf einer Seite des Widerspruchs festsetzt. Eine linke Partei ist – so Etienne Balibar – »unweigerlich im Spiel eines Widerspruchs befangen, den sie möglicherweise beherrschen kann, wenn sie ihn anerkennt, dem sie sich aber nicht spontan entziehen kann.«¹ Denn unter den Bedingungen des Parlamentarismus und der Parteienkonkurrenz muss auch die radikalste Opposition »innerhalb der Diskurse, Mechanismen und Apparate agieren, um überhaupt die Chance zu erwerben, jemals über den gegenwärtigen politischen Inhalt, den diese Apparate reproduzieren usw. hinaus kommen zu können.«² Diesem Widerspruch kann man nicht entkommen, er muss vielmehr in der politischen Bewegung und im politischen Kampf bearbeitet werden – Niederlagen und Irrtümer eingeschlossen.

Über Sinn oder Unsinn einer linken Regierungsbeteiligung zu diskutieren, bedeutet auch, sich grundlegenderen Fragestellungen zuzuwenden: Der Frage nach dem Charakter und der Funktionsweise des bürgerlichen Staates, nach der Rolle von Parteien und gesellschaftlichen Bewegungen und ihrem Verhältnis zum Staat – kurz: nach einer linken Strategie der Transformation. In diesem Buch versuche ich die historischen Debatten der Linken und der Arbeiterbewegung zum Verhältnis von Reform und sozialer Revolution und zu Regierungsbeteiligungen nachzuvollziehen und kritisch zu reflektieren.

Erstmals hatte sich die Debatte über Linke in der Regierung am Eintritt des französischen Sozialisten Millerand in eine Regierung mit den bürgerlichen Radikalen entzündet. Dies wurde insbesondere von Rosa Luxemburg einer vernichtenden Kritik unterzogen. Die damalige Kontroverse war stark von den Vorstellungen des sogenannten orthodoxen Marxismus der II. Internationale und den Vorstellungen der damaligen Sozialdemokratie vom Übergang zur sozialistischen Gesellschaft geprägt. Vorstellungen, die Luxemburg in ihrer Rede zum Programm auf dem Gründungsparteitag der KPD überwand. Mit der Spaltung der

¹ Etienne Balibar, Über die Diktatur des Proletariats, Hamburg/Westberlin, 1977, S. 69.

² F.O. Wolf, Warum fällt uns es in den Grünen so schwer, über unsere Perspektiven zu diskutieren? In: Erwin Jurtschitsch/Alexander Rudnik/Frieder Otto Wolf (Hrsg.), Grüne Perspektiven. Grünes & alternatives Jahrbuch 1988, Köln 1988, S. 91; vgl. auch Balibar: »weil der Klassenkampf des Proletariats sich nicht außerhalb der bestehenden bürgerlichen Verhältnisse abspielt [...] muss die Partei der Arbeiterklasse sich in das Spiel der bürgerlichen ›Staatsmaschine‹ einfügen«, a.a.O., S. 69.

Arbeiterbewegung nach dem Ersten Weltkrieg begann in der KPD und der Kommunistischen Internationale eine intensive Diskussion, wie die Aktionseinheit der Arbeiterklasse angesichts der Existenz unterschiedlicher Arbeiterparteien hergestellt und wie dieser Kampf mit einer politischen Machtperspektive verbunden werden kann. Eine intensive Diskussion über das Verhältnis der Kommunisten zu sozialdemokratischen Landesregierungen, über die Bildung einer Arbeiterregierung und den möglichen Eintritt von Kommunisten in eine Regierung im bürgerlichen Staat folgte.

Die Auseinandersetzung in den einstmals als »Anti-Parteien-Partei« gegründeten Grünen zwischen »Realos« und »Fundis« wiederholte gewissermaßen im neuen Gewand die alte Kontroverse in der Arbeiterbewegung. Hier ist vor allem das Zusammenspiel der innerparteilichen Dynamik der Kontroverse mit den Integrationsmechanismen des parlamentarischen Parteiensystems von Interesse – ein Zusammenspiel, das schließlich zum Erfolg des rechten, sogenannten realpolitischen Flügels führte.

Regieren im bürgerlichen Staat bedeutet immer Auseinandersetzung mit »Sachzwängen«. Mit der zunehmenden Transnationalisierung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse gewinnt der »Sachzwang Weltmarkt« eine immer größere Bedeutung. Schmerzlich erfuhren dies die Linksregierung im Frankreich der 1980er Jahre und die Regierung Syriza in Griechenland. In beiden Fällen spielten internationale Kapitalverflechtung, die Finanzmärkte und das europäische Währungssystem eine entscheidende Rolle beim Scheitern eines linken Aufbruchs. Und in beiden Fällen stellte sich die Frage, welche Rolle die Strategie der Regierungen zu ihrem Scheitern beigetragen hat.

Die PDS und DIE LINKE können mittlerweile auf eine Vielzahl von Erfahrungen auf der Länderebene mit Regierungsbeteiligungen oder der Duldung bzw. Stützung von Minderheitsregierungen zurückblicken. Sie alle hier in diesem Buch zu diskutieren, würde den Rahmen sprengen. Die hier behandelten Beispiele stehen exemplarisch für unterschiedliche »Typen« von Regierungserfahrungen: das Magdeburger Modell einer koalitionsähnlichen Tolerierung einer Minderheitsregierung, die Stützung einer Minderheitsregierung mit wechselnden Mehrheiten in NRW, die rot-rote Koalition in Berlin von 2002 bis 2011 in einer »bankrotten Stadt«, »Regieren in Bewegung« in Berlin seit 2016 und schließlich die Thüringer Regierung mit dem ersten linken Ministerpräsidenten.

Ich war in meiner politischen Arbeit immer wieder mit der Frage Linke und Regierung konfrontiert. Als Mitglied der Alternativen Liste

Westberlin hatte ich mich aktiv an der innergrünen Debatte um Opposition, Tolerierung und Koalitionen beteiligt. Ich war Teilnehmer an mehreren Koalitionsverhandlungen: zur Bildung der rot-grünen Regierung in Berlin (an deren Ende ich empfahl, nicht in die Regierung einzutreten) und bei den Verhandlungen zur Bildung der rot-roten und der rot-rot-grünen Koalitionen in Berlin. Ich habe Erfahrung mit Linken in der Regierung als Regierungsmitglied und als Abgeordneter einer Regierungsfraktion gesammelt. Dies alles war mit Fehlern und Irrtümern verbunden, aber auch mit Erfolgen, und vor allem mit vielen Einblicken in die Mechanismen, Risiken und Chancen einer Regierungsbeteiligung. In diesen Jahren habe ich auch meine eigene Position weiterentwickelt.

In diesem Buch versuche ich, einen Überblick über die vielfältige und reichhaltige historische Diskussion über linke Regierungsbeteiligungen zu geben – wobei auch die Debatte der Grünen in den 1980er Jahren mittlerweile zur Historie gehören dürfte. Denn für viele der heutigen Generation linker Aktivist*innen dürfte vieles aus dieser Debatte nicht mehr bekannt sein. Und es ist auch der Versuch, Schlussfolgerungen aus meinen persönlichen Erfahrungen mit dem Thema Regieren zu ziehen und zur Diskussion zu stellen.

(Nicht)Regieren ist auch keine Lösung

*»Im Staat geht's wie in der Welt:
Wer nicht schwimmen kann, der ersauft.«
Franz Grillparzer*

*»Man muss den bürgerlichen Apparat beherrschen
und kennen, wenn man ihn ausnützen soll. Das sind
anscheinend kleine, nebensächliche Geschichten, die
aber für uns von großer Bedeutung waren.«
Heinrich Brandler*

»Der Staat ist kein Fahrrad, auf das man sich einfach setzen und in beliebiger Richtung losradeln kann«, formulierte die ehemalige linke Grüne Verena Krieger,³⁶⁷ um deutlich zu machen, dass der bürgerliche Staat keine neutrale Institution ist, die für beliebige Zwecke eingesetzt werden kann. Der »orthodoxe Marxismus der II. Internationale« betrachtete den Staat als bloßes Instrument der herrschenden Klasse, das aber nach Erringung der Regierungsmacht durch die Sozialdemokratie im Interesse der Arbeiterklasse genutzt, sodass die Produktionsmittel verstaatlicht und so die sozialistische Gesellschaft errichtet werden kann. Die leninistische Position der Kommunistischen Internationale dagegen knüpfte an die Feststellung von Marx und Engels in der Vorrede zum Kommunistischen Manifest aus dem Jahre 1872 an, wonach »die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann«.³⁶⁸ Sie zog daraus die Konsequenz, dass der bürgerliche Staat »zerschlagen« und nach der Machtübernahme in einem revolutionären Aufstand durch eine Rätedemokratie ersetzt werden muss.

Beide Strategien haben nicht zum Erfolg, sondern im weiteren Fortgang zur Aufgabe der ehemals fortschrittlichen oder emanzipatorischen Ziele geführt. Von der Kollaboration der deutschen Mehrheitssozialdemokratie mit dem Generalstab am Ausgang des Ersten Weltkriegs 1918/19, der Wende der sozialistischen Regierung in Frankreich zur Austerität in den 1980er Jahren bis hin zum größten Angriff auf den bundesdeutschen Sozialstaat der rot-grünen Bundesregierung von 1998 bis

³⁶⁷ Verena Krieger, Was bleibt von den Grünen? Hamburg 1991, S. 147.

³⁶⁸ Karl Marx/Friedrich Engels, Vorwort (zum Manifest der Kommunistischen Partei, deutsche Ausgabe 1872), in: MEW, Bd. 18, S. 96.

2005 reicht die Reihe der Unterordnung unter die Staatsräson bzw. die Forderungen »der Märkte«. Aber auch die zunächst siegreichen Revolutionen endeten zumeist in einer bürokratischen Erstarrung der neu geschaffenen staatlichen Apparate und dem Ausbau eines repressiven Regimes. Mit Marx' kategorischem Imperativ, »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist«,³⁶⁹ hatte dies bei aller guten ursprünglichen Absicht nichts zu tun.

Alex Demirović formuliert in seinem Aufsatz »Reform, Revolution, Transformation« drei Gründe, die für eine Überwindung des Dualismus von Reform und Revolution sprechen:

- Erstens sei es nicht sinnvoll, mit Veränderungen bis zum Zeitpunkt eines Machtwechsels zu warten.
- Es sei zweitens sinnvoll, »schon jetzt mit Verbesserungen zu beginnen, weil von ihnen aus betrachtet auch die Begrenztheit der gegenwärtigen Gesellschaft ersichtlich wird. Es wird zweierlei erkennbar: zum einen, dass Verbesserungen immer wieder an die Grenzen der Macht der vorherrschenden Interessen stoßen und nicht im intendierten Sinne durchgeführt werden können, solange diese Machtverhältnisse nicht grundsätzlich geändert werden.«
- Und es sei drittens notwendig, »die Zukunft zu antizipieren durch die Praktiken, die heute schon stattfinden«.³⁷⁰ Mit einer Politik der radikalen Transformation, einer radikalen Realpolitik solle der Dualismus von Reform und Revolution überwunden werden.

Damit aber muss die Frage nach dem Verhältnis Partei und gesellschaftlicher Bewegung, von Regierung und Staat neu gestellt werden. Der Staat – stellt Nicos Poulantzas fest – ist kein passives, neutrales Werkzeug, »das von einer einzigen Klasse oder Fraktion total manipuliert wird«, sondern die »materielle und spezifische Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen und Klassenfraktionen«.³⁷¹ Oder wie Joachim Hirsch formulierte: Der Staat ist »institutionalisierter Kris-

³⁶⁹ Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW 1, S. 385.

³⁷⁰ Alex Demirović, Reform, Revolution, Transformation, in: Michael Brie/Mario Candeias (Hrsg.), Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus, Beiträge zur ersten Transformationskonferenz am 13./14.10.2011, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_Transformationkonferenz_1.pdf, S. 40f.

³⁷¹ Nicos Poulantzas, Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus, Hamburg 2002, S. 160.

tallisationspunkt komplexer, sowohl legitimatorischer als auch repressiver Beziehungen zwischen allen Klassen und Klassenfraktionen, als Terrain sozialer Kämpfe und Konflikte«. ³⁷²

Er ist damit nicht einfach Instrument in den Händen der herrschenden Klasse, aber auch nicht Raum eines herrschaftsfreien Diskurses unterschiedlicher gesellschaftlicher Kräfte, sondern der Staat einer in Klassen gespaltenen Gesellschaft. Erst im Kampf zwischen den unterschiedlichen Kapitalfraktionen, gesellschaftlichen Interessengruppen und den verschiedenen staatlichen Apparaten und Institutionen bildet sich ein gemeinsames politisches Klasseninteresse heraus. Über den Staat wird aber nicht nur ein »Kompromissgleichgewicht« (Gramsci) zwischen den verschiedenen Kapitalfraktionen hergestellt, sondern über die unterschiedlichen staatlichen Institutionen wie Sozialstaat, Polizei und Justiz, Medien, Kirchen, Gewerkschaften und Parteien findet eine Massenintegration statt, die sowohl ideologischer als auch repressiver Natur ist.

Historische Wendepunkte auf dem Weg zu einer radikalen Reformpolitik

Aber die kapitalistische Gesellschaft nimmt im Laufe ihrer Entwicklung unterschiedliche Erscheinungsformen an. So unterscheiden sich der aufstrebende »Manchesterkapitalismus«, der Kapitalismus der »fordistischen Produktionsweise« mit seiner wohlfahrtsstaatlichen Absicherung und der neoliberale Kapitalismus durch jeweils unterschiedliche Akkumulations- und Regulationsregimes. Kapitalistische Entwicklung verläuft krisenhaft, die wirtschaftlichen, sozialen, institutionellen und politischen Strukturen sind deshalb nur zeitweise stabil. Hat sich eine Regulationsweise erschöpft und gerät sie in die Krise, kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen den Klassen und den verschiedenen Klassenfraktionen, den unterschiedlichen Institutionen und Staatsapparaten. Beispiele dafür sind die Auseinandersetzungen und Kämpfe um den »New Deal« in den USA in den 1930er Jahren und die Durchsetzung des Neoliberalismus in den 70er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts. Die Herausbildung einer neuen Akkumulationsweise »ist das Ergebnis sozialer Handlungen und Kämpfe und damit nicht vorherbestimmt«. ³⁷³

³⁷² Joachim Hirsch, *Kapitalismus ohne Alternative?*, Hamburg 1990, S. 44.

³⁷³ Joachim Hirsch, *Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen*, Hamburg 2002, S. 57.

Gegenwärtig stehen wir wieder an einem solchen Wendepunkt – das neoliberale Modell hat sich erschöpft, die Klimakrise erfordert einschneidende Veränderungen in der Energieerzeugung, den Transport- und Verkehrssystemen, der Technologie und damit der Produktions- und Lebensweise. Es gilt also, in diese Kämpfe und Auseinandersetzungen im Übergang zu einer neuen Regulationsweise einzugreifen und die Kräfteverhältnisse zugunsten einer sozial-ökologischen und demokratischen Entwicklung zu verschieben. Damit ist man noch nicht über den Kapitalismus hinaus, aber die Aufgabe ist, »bereits im Verlauf innersystemischer Transformation antikapitalistische und potenziell sozialistische Tendenzen, Elemente, Institutionen und Praxen zu entwickeln und zu stärken«. ³⁷⁴

Die Privatisierung des Gesundheitswesens rückgängig zu machen, soziale Garantien durch eine solidarische Reorganisierung der sozialen Sicherungssysteme, Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge, Rekommunalisierung von Energieversorgung, Dekarbonisierung des Verkehrssystems und Konversion der Automobilindustrie, Vergesellschaftung von Grund und Boden, Stärkung von Genossenschaften – all dies würde den Kapitalismus noch nicht abschaffen, trüge aber den Keim einer anderen, solidarischen Vergesellschaftungsweise in sich. Eine solche radikale Reformpolitik müsste mit einer Transformation des Staates einhergehen.

»Diese Transformation wird keine etatistische Transformation des Staatsapparats sein können«, schreibt Poulantzas, sie könne »sich nur auf ein gesteigertes Eingreifen der Volksmassen in den Staat stützen – sicherlich mit Hilfe der gewerkschaftlichen und politischen Vertreter der Volksmassen, aber auch durch die Entfaltung ihrer eigenen Initiative innerhalb des Staates. [...] Die Transformation muss von der Entfaltung neuer Formen der direkten Basisdemokratie und der Verbreitung von Netzen und Zentren der Selbstverwaltung begleitet werden.« ³⁷⁵

Tief greifende gesellschaftliche Veränderungen aber werden auf heftigen gesellschaftlichen Widerstand stoßen. Der Erfolg einer radikalen Reformpolitik hängt vom gesellschaftlichen Druck, von außerparlamentarischen Mobilisierungen und der Organisation von Alternativen ab. Das Beispiel Berlin zeigt: Es wäre nie zum Beschluss eines Mieten-

³⁷⁴ Dieter Klein, Doppelte Transformation, Mai 2017; www.zeitschrift-luxemburg.de/abc-der-sozialistischen-transformation-doppelte-transformation/.

³⁷⁵ Nicos Poulantzas, a.a.O., S. 290.

deckels und der breiten gesellschaftlichen Diskussion über eine Ver-gesellschaftung von Immobilienbeständen gekommen, hätte es nicht eine lang anhaltende und massive Mobilisierung der Mieter*innenbe-wegung gegeben. Derartige Kämpfe und Bewegungen müssen aber zu einer »Veränderung des Kräfteverhältnisses auf dem Terrain des Staa-tes selbst führen. Soweit diese Kämpfe und Bewegungen politisch sind, stehen sie niemals außerhalb des Staates, auch wenn sie sich außerhalb des physischen Raums des Staates situieren. Sie sind jedenfalls immer in sein strategisches Feld eingebunden.« Die Alternative liege »nicht im Gegensatz von einem bloß ›inneren‹ und einem ›äußeren‹ Kampf. In einem demokratischen Weg zum Sozialismus müssen sich beide Wege verbinden«, formuliert Poulantzas.³⁷⁶ Linke Parteien (nicht nur) in der Regierung bewegen sich damit im Spannungsfeld zwischen der Gefahr der Integration in den bürgerlich-parlamentarischen Betrieb und den gesellschaftlichen Mainstream auf der einen und der notwendigen Au-tonomie gesellschaftsverändernder Bewegungen auf der anderen Seite.

Parteien und Koalitionen

Parteien spielen in parlamentarischen Demokratien eine entscheidende Rolle: »Das Parteiensystem verkörpert den Teil des regulativen Systems, in dem antagonistisch-plurale Interessen und Handlungen in der Weise produziert, artikuliert, gerichtet, geformt, gefiltert und miteinander ver-bunden werden, dass ein relativ kohärentes, die gesamtgesellschaft-liche Reproduktion gewährleistendes staatliches Handeln sowohl er-möglicht als auch legitimiert wird.« Die besondere Rolle der Parteien und des Parteiensystems ergibt sich aus ihren vielfältigen Verbindun-gen und Verflechtungen mit Verbänden und Interessengruppen, Unter-nehmen, Kirchen, Medien und anderen. Als parlamentarische Parteien tendieren sie dazu, politische Konflikte und unterschiedliche Orientie-rungen auf das »Machbare« zu reduzieren, und sind rechtlichen und parlamentarischen Spielregeln unterworfen, die den Fortbestand der gesellschaftlichen Ordnung gewährleisten. Gesellschaftliche Interessen werden so nach der Logik des Staates geordnet, »die Zwänge weltmarkt-bestimmter kapitalistischer Reproduktion in das institutionelle Regu-lationsgeflecht bis in seine kleinsten Verästelungen und die einzelnen Individuen hinein vermittelt. Dies geschieht freilich um den Preis per-

³⁷⁶ Ebd., S. 288.

manenter Konflikte innerhalb und zwischen den Parteien, zwischen Partei- und Staatsapparaten, zwischen Parteien und Interessenorganisationen und gegebenenfalls auch zwischen Partei und ›Volk‹.«³⁷⁷

Schon mit der Bildung einer Partei, die sich am parlamentarischen System beteiligt, begibt man sich in diese institutionellen Zwänge, parlamentarischen Rituale und Spielregeln. Sie reichen von der parlamentarischen Geschäftsordnung über die Notwendigkeit der Einhaltung von (bürgerlichem) Recht und Gesetz bis zu durch die Verfassung gezogenen Grenzen des politischen Handelns. Hinzu kommt der nicht zu unterschätzende Druck, der von Medien und veröffentlichter Meinung ausgeht, diese Spielregeln anzuerkennen. Parteien – auch linke Parteien – sind »ein integraler Bestandteil der kapitalistischen Gesellschaft und ihres Staates, aus dem wir gerade herausfinden wollen«, aber: »Parteien links oder rechts liegen zu lassen, wäre keine Lösung, gerade weil sie zur Staatsmacht wesentlich gehören. Wenn man die Staatsmacht nicht von innen angreifen könnte, das heißt auch auf der Parteebene, könnte man sie gar nicht angreifen.«³⁷⁸ Dieser Widerspruch potenziert sich mit dem Eintritt in eine Koalitions-Regierung. »Die ›stumme Gewalt‹ der herrschenden politischen Formen und Institutionen« erhält hier eine neue Qualität.

Zwar ist auch die parlamentarische Oppositionspartei institutionellen und rechtlichen Zwängen ausgesetzt, sie hat aber eine (relative) Freiheit in der Artikulation der heterogenen Interessen von ihr repräsentierter gesellschaftlicher Gruppen und deren politischen Positionen. Als Bestandteil einer Regierung erhalten die institutionellen Zwänge eine neue Qualität. Eine regierende Partei ist durch die Entwicklung eines Regierungsprogramms und durch ihre Regierungspolitik unmittelbar daran beteiligt, die oftmals gegensätzlichen Interessen so zu filtern und zu formieren, dass ein die gesamtgesellschaftliche Reproduktion gewährleistendes staatliches Handeln gesichert und legitimiert wird. So wies der frühere Kopf des linken Labour-Flügels Tony Benn 1979 auf der Konferenz der Labour-Partei exemplarisch auf das Problem hin, dass man »das Wirtschaftssystem am Laufen halten muss, um unsere Leute zu schützen, die darin gefangen sind, während wir das System ändern«.

³⁷⁷ Joachim Hirsch, *Kapitalismus ohne Alternative?*, a.a.O., S. 68.

³⁷⁸ Michael Jäger, *Utopie und Realpolitik*; archiv.labournet.de/diskussion/arbeit/prekaer/aufschrei.pdf, o.S. (ursprünglich erschienen in: Marcus Havel/Gregor Kritidis [Hrsg.], *Aufschrei der Utopie. Möglichkeiten einer anderen Welt*, Hannover 2006).

Das Dilemma radikaler Parteien in der Regierung besteht auch darin, dass der bürgerliche Staat Steuerstaat ist, das heißt, seine materiellen Ressourcen hängen vom Gang der kapitalistischen Wirtschaft ab. Wird der Verwertungsprozess gestört, schwinden auch die Handlungsspielräume staatlicher Politik. Daraus resultiert der Druck, staatliche Politik und die dort vertretenen Interessen so zu formen, dass sie einen weitgehend ungestörten Fortgang der kapitalistischen Verwertung sichern.

Eine Regierungskoalition ist die denkbar engste Form der Zusammenarbeit zweier Parteien, die unterschiedliche Interessen, gesellschaftliche Gruppen und Ziele vertreten. Angesichts divergierender Interessenlagen lässt sich ein gemeinsames Regierungsprogramm nur über Kompromissbildungen in Koalitionsverhandlungen und im Koalitionsvertrag formulieren. Der Eintritt in eine Koalitionsregierung bedeutet damit Übernahme von Gesamtverantwortung für die Regierungspolitik – auch für Entscheidungen, die man im Rahmen der Kompromissbildung »schlucken« musste, aber eigentlich für ungenügend oder gar falsch hält.

Das unterscheidet eine Koalitionsregierung von der Unterstützung einer Minderheitsregierung. Anders als in einer Koalitionsregierung könnte eine linke, sozialistische Partei hier ihre Unabhängigkeit von der Regierung und die Freiheit der Kritik bewahren. Ohne Verpflichtung auf eine Koalitionsdisziplin könnte sie politisch von Fall zu Fall entscheiden, welchen Gesetzen und Anträgen der Regierungspartei(en) sie ihre Unterstützung gibt und welchen nicht. Während im Falle einer Minderheitsregierung wechselnde parlamentarische Mehrheiten möglich sind, sind sie im Falle einer Koalition explizit ausgeschlossen. Jede Koalitionsvereinbarung enthält »Regeln der Zusammenarbeit«, die ein getrenntes Abstimmungsverhalten der Koalitionsparteien ausschließen und einen permanenten Einigungszwang institutionalisieren. So heißt es in der Koalitionsvereinbarung zwischen der Berliner SPD und PDS aus dem Jahr 2006: »Die Koalitionspartner stimmen darüber überein, dass im Abgeordnetenhaus nicht mit wechselnden Mehrheiten abgestimmt wird. [...] Die Koalitionspartner sind sich einig, dass Entscheidungen in Fragen von grundsätzlicher Bedeutung, die nicht ausdrücklich Gegenstand der Koalitionsvereinbarung sind, nicht gegen den Willen eines Partners getroffen werden. Parlamentarische Initiativen bedürfen der Absprache beider Fraktionen über Inhalte und Vorgehen.«

Die Formulierung eines Regierungsprogramms ist aber mehr als die einfache Kompromissfindung mit dem Koalitionspartner. Auch wenn die eigentlichen Verhandlungen hinter verschlossenen Türen stattfin-

den, findet die Kompromissbildung nicht nur zwischen den Parteien statt. Eine Vielzahl von gesellschaftlichen Interessengruppen – Unternehmerverbände, Gewerkschaften, Universitäten und Hochschulen, Kirchen, die Agentur für Arbeit, Wohlfahrtsverbände, Bürgerinitiativen und viele andere – versucht Einfluss auf die Formulierung künftiger Regierungspolitik zu nehmen. Auch die Medien sind aktive Mitspieler. Die verhandelnden Parteien versuchen die Öffentlichkeit zu nutzen, um bestimmte Positionen zu platzieren und ihre Verhandlungsmacht zu stärken, so wie die unterschiedlichen Medien selbst versuchen – je nach ihrer politischen Tendenz – Einfluss auf die Verhandlungen auszuüben und öffentliche Meinung zu »machen«.

Mit am Tisch sitzt außerdem der staatliche Verwaltungsapparat, die Ministerialbürokratie, deren »Expertenwissen« abgefragt wird, zum Beispiel in Fragen der Finanzierbarkeit bestimmter Vorhaben, der rechtlichen Machbarkeit und der Umsetzungsmöglichkeiten. Dieses Expertenwissen ist aber nicht neutral, sondern politisch geformt – beispielsweise durch eine lange Tradition der Bürokratie oder durch spezifische Interessen, die von einzelnen Staatsapparaten und Institutionen vertreten werden. Diese sind ein wesentlicher Machtfaktor im Verhandlungspoker zwischen den Parteien – insbesondere, wenn nur eine der verhandelnden Parteien bisher an der Regierung beteiligt war und deshalb weitgehend exklusiven Zugriff auf die Ministerialbürokratie hat. Damit entsteht ein Ungleichgewicht der Waffen zwischen den Verhandlungspartnern, politische Forderungen können aus »fachlicher Sicht« als nicht realisierbar dargestellt oder umgebogen und kleingearbeitet werden.

Koalitionsverhandlungen sind also ein wesentlicher Mechanismus des Parteiensystems. Unterschiedliche gesellschaftliche Interessen werden in ihrem Verlauf zu einem Regierungsprogramm als einem Ausdruck gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse verdichtet und so ein die gesamtgesellschaftliche Reproduktion gewährleistendes staatliches Handeln ermöglicht.

DIE LINKE als Minderheit in Regierungen

In Mitte-Links-Regierungen (Rot-Rot oder Rot-Rot-Grün) repräsentiert DIE LINKE in der Regel mit der Gesamtheit ihrer politischen Positionen eine gesellschaftliche Minderheit, auch wenn einzelne ihrer Forderungen gesellschaftlich mehrheitsfähig sein können. Damit dürfte klar sein,

dass die Kompromissbildung in Koalitionsverhandlungen nur punktuell zugunsten linker Positionen ausfallen kann – in der Regel da, wo es breite, über das enge linke Spektrum hinausgehende gesellschaftliche Unterstützung und Mobilisierung gibt. Ob man das Wagnis des Eintritts in eine Koalitionsregierung eingeht, hängt deshalb davon ab, ob es einen ausreichenden gesellschaftlichen Rückhalt für wesentliche Ziele und Forderungen gibt, die einen grundlegenden Politikwechsel ermöglichen, oder wie es im »Erfurter Programm« der LINKEN heißt: »Regierungsbeteiligungen der LINKEN sind nur sinnvoll, wenn sie eine Abkehr vom neoliberalen Politikmodell durchsetzen sowie einen sozial-ökologischen Richtungswechsel einleiten.«³⁷⁹ Eine arithmetische Mehrheit alleine ist nicht ausreichend, entscheidend ist eine Einschätzung der Kräfteverhältnisse, des Ausmaßes der gesellschaftlichen Unterstützung und der Bereitschaft zum Konflikt.

Aber selbst da, wo es gesellschaftliche Mehrheiten in Einzelfragen gibt, heißt dies nicht, dass sie sich in einer Unterstützung der LINKEN niederschlagen müssen. So kann die Zustimmung zu einzelnen linken Positionen durch parteipolitische Bindungen zum Beispiel an die SPD oder bestimmte Grundüberzeugungen überlagert werden. So kann es z.B. eine breite gesellschaftliche Unterstützung für linke Forderungen wie die Überwindung des Hartz-Systems und prekärer Arbeitsverhältnisse geben, gleichzeitig kann es aber eine gesellschaftliche Mehrheit geben, die in der NATO einen Garanten für internationale Stabilität und Sicherheit sieht. In einer solchen Situation steht eine linke Partei vor der Entscheidung, ob sie fortschrittlichen Zielen in einer Regierung zur Geltung verhilft. Oder ob sie eine ihrer gesellschaftlich gegenwärtig nicht mehrheitsfähigen grundsätzlichen Positionen zur Bedingung eines Regierungseintritts macht und damit die Regierungsbildung verunmöglicht. Die Wähler*innen erwarten aber mehr als die Formulierung von Prinzipien und Bekenntnissen, sie erwarten reale Veränderungen. Sie wollen eine Partei, die einerseits ihren Grundüberzeugungen treu bleibt, andererseits konkrete Verbesserungen und Reformschritte voranbringt.

Diese Frage kann nicht abstrakt, sondern immer nur anhand der konkreten Situation beantwortet werden. Dabei muss stets gelten: Einen Kompromiss in Koalitionsverhandlungen einzugehen, darf nicht bedeuten, die eigene Position als Partei aufzugeben, sondern weiter unab-

³⁷⁹ Programm der Partei DIE LINKE, S. 75.

hängig von der Regierung als Partei dafür zu kämpfen, diese Positionen mehrheitsfähig zu machen.

Der permanente Einigungszwang mit dem Koalitionspartner resultiert aber nicht nur aus dem Koalitionsvertrag. Auch von der linken Wählerschaft geht Druck zur Einigung aus. Denn diese – alle Umfragen zeigen es – will mit großer Mehrheit eine Regierungsbeteiligung der LINKEN und erhofft sich gleichzeitig die Durchsetzung wesentlicher linker Positionen in der Koalition. Dieser Widerspruch findet sich nicht nur bei Wählerinnen und Wählern der LINKEN, sondern auch bei Gewerkschaften, Verbänden und Bürgerinitiativen. Er wird aber in der Regel nicht durch die Forderung nach Koalitionsbruch aufgelöst, weil man das »größere Übel« einer konservativen und/oder liberalen Regierungsbeteiligung nicht in Kauf nehmen will. So fordern Gewerkschaftsfunktionär*innen mit sozialdemokratischem Parteibuch DIE LINKE gern auf, Druck auf die SPD auszuüben, um dieses oder jenes »endlich durchzusetzen« und einen Kampf zu führen, den sie in der eigenen Partei längst verloren oder nie geführt haben. Die Konsequenz aus dieser Einsicht ist aber meist nicht der Bruch mit der SPD – im Zweifelsfall obsiegt die Parteiloyalität.

Mit einem Koalitionsbruch zu drohen, kann also nur dann sinnvoll sein, wenn der Gegenstand des Konflikts für die eigene Wählerschaft und nach Möglichkeit darüber hinaus von so großer Bedeutung ist, dass er den Bruch der Koalition auch in deren Augen rechtfertigt. Nur so besteht die Chance, dass das Ende der Koalition nicht in einer Stärkung von SPD und Grünen und/oder des konservativen Blocks zulasten der LINKEN resultiert und das gesellschaftliche Kräfteverhältnis nicht nach rechts verschoben wird. Eine Ausnahme bilden allerdings Grundsatzfragen wie beispielsweise der Eintritt in einen Krieg. In einem solchen Fall müsste eine Koalition beendet werden, auch für den Fall, dass Teile der eigenen Wählerschaft diesen Schritt nicht unterstützen.

Das Argument, dass der Einigungs- und Kompromisszwang ja nicht per se den Sozialdemokraten nutzen müsse, sondern auch von der LINKEN für ihre Interessen genutzt werden könne, hört sich im ersten Moment plausibel an. Allerdings verkennt es einen wesentlichen Punkt: Solange linke, sozialistische Positionen gesellschaftlich minoritär sind, wird der Kompromisszwang in der Regel eher zugunsten des gesellschaftlichen Mainstreams wirken. Die Vorstellung, eine linke Partei könne unter diesen Bedingungen einen sozialdemokratischen oder grünen Koalitionspartner zu linker Politik zwingen, ist naiv. Was nicht durch Mobilisierung, durch den Versuch, Kräfteverhältnisse zu ver-

schieben und eine gesellschaftliche Mehrheit für linke Positionen zu gewinnen, gelungen ist, lässt sich nicht durch Gerangel am Kabinetts-tisch oder eine besonders raffinierte Verhandlungsstrategie wettma-chen. Denn: »Das Zählen der Stimmen ist die abschließende Zeremo-nie eines langen Prozesses.«³⁸⁰

Der Einigungszwang in Mitte-Links-Koalitionen und die Notwendig-keit, in der Regierungspolitik unterschiedliche Interessen zu integrieren, führt unter den gegebenen Kräfteverhältnissen zu Widersprüchen und Konflikten zwischen der »Partei im Staatsapparat« (den Regierungsmit-gliedern und der Fraktion) und der »Partei außerhalb des Staatsappara-tes« (der Parteibasis und der Wählerschaft). Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn gesellschaftliche Initiativen ihre Interessen nur unzurei-chend oder gar nicht repräsentiert sehen. Parteibasis und Wählerschaft verlangen »mehr linke Politik« und das in und mit der Regierung. Die Vorstellung, diesem Dilemma durch eine Politik der permanenten Koa-litionskonflikte zu entgehen, ist illusorisch. Eine linke Partei kann damit zwar die eigene Position im Gegensatz zur SPD deutlich machen, das Ergebnis wird aber zwangsläufig in einem mal besseren, mal schlech-teren Kompromiss bestehen, oder – im schlimmsten Fall – in einer völ-ligen Niederlage der LINKEN. Eine Partei, die regelmäßig eine Koaliti-onskrise ausruft, diese aber nicht zu ihren Gunsten entscheiden kann, gilt nicht nur in der eigenen Wählerschaft als durchsetzungsschwach und erfolglos. Die »Koch-oder-Kellner«-Frage ist damit für die Öffent-lichkeit entschieden.

Es greift aber noch ein anderer Mechanismus der Parteienkonkur-renz: Die demonstrative öffentliche Inszenierung eines Konflikts kann es sogar erschweren, die eigenen Positionen durchzusetzen, es sei denn, es gibt eine breite gesellschaftliche Unterstützung der jeweiligen For-derungen. Der Koalitionspartner wird in einer zugespitzten Situation al-les dafür tun, dass der Ausgang des Konflikts nicht als Sieg der anderen Seite wahrgenommen wird. Gelingt es der LINKEN im Einzelfall doch, eine z.B. von den Sozialdemokraten geforderte politische Entscheidung zu verhindern, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass dem bald ein »Re-vanchefoul« folgt und Forderungen der LINKEN blockiert werden, um intern wie in der Öffentlichkeit wieder klarzumachen, wer die Richtli-nien der Regierungspolitik bestimmt und den Hut aufhat. Es gibt also ein schwieriges Spannungsverhältnis zwischen Eigenprofilierung und

³⁸⁰ Antonio Gramsci, zitiert nach Joachim Hirsch, *Kapitalismus ohne Alter-native*, a.a.O., S. 175.

Durchsetzungsfähigkeit in einer Koalition – zu viel Eigenprofilierung auf Kosten des Koalitionspartners kann die eigene Durchsetzungsfähigkeit schwächen, zu wenig Eigenprofilierung macht den Eigenanteil an gefundenen Kompromissen kaum mehr erkennbar. Gegen eine Koalition als permanentes »Konfliktbündnis« spricht auch, dass eine Regierung, die von einer Koalitionskrise in die andere taumelt, in den Augen der öffentlichen Meinung als nicht regierungsfähig erscheint. Als Regierungspartei immer nur zu blockieren, wird bald zum Scheitern einer Regierungszusammenarbeit führen. Auch deshalb besteht immer der Einigungs- und Kompromisszwang. Entscheidend ist auch hier: Koalitionskonflikte können erfolgreich bestanden werden, wenn es ausreichenden gesellschaftlichen Druck und Mobilisierung gibt – nur dann hat eine linke Partei ausreichende Verhandlungsmacht gegenüber ihren Koalitionspartnern.

Erfolgswege und Hindernisse für linkes Regieren

Als funktionierende und erfolgreiche Koalition wird nur eine Konstellation wahrgenommen, in der beide Partner den Koalitionskompromiss als (gemeinsamen) Erfolg kommunizieren können. Koalition bedeutet eben auch, dass ein politisches Gesamtkonzept gemeinsam vertreten wird, wie es unter anderem im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Es geht also häufig auch darum, Koalitionskompromisse gegenüber der eigenen Parteimitgliedschaft und Wählerschaft als gut zu kommunizieren (auch wenn man sich mehr hätte vorstellen können). Daraus resultiert die Gefahr einer legitimatorischen Überhöhung von eigentlich ungenügenden oder schlechten Kompromissen zu politischen Erfolgen. Die Möglichkeit, mit dem Koalitionspartner gefundene Einigungen als unzureichend darzustellen, sind aber begrenzt, denn es wirkt wenig glaubwürdig, wenn das Regierungspersonal permanent die eigene Regierung kritisiert.

Diese Logik von Regierungsbeteiligungen führt auch dazu, dass das am Regierungshandeln unmittelbar beteiligte Personal immer wieder in die Versuchung kommt, die Parteiorganisation und die mit ihnen kooperierenden außerparlamentarischen Gruppen auf den (mit der Sozialdemokratie und/oder den Grünen) gefunden Kompromiss einzuschwören und sie auf das »tagespolitisch Machbare« zu reduzieren. Dieser Widerspruch zwischen der »Partei im Staatsapparat« und der »Partei außerhalb des Staatsapparats« wird noch dadurch akzentuiert, dass

Koalitionskompromisse von einer kleinen Personengruppe ausgehandelt werden – sei es unmittelbar im Kabinett, im Koalitionsausschuss oder zwischen den Fraktionsvorsitzenden und parlamentarischen Geschäftsführer*innen. Die Partei kann zwar in der einen oder anderen Frage Verhandlungsaufträge formulieren – im eigentlichen Verhandlungsprozess bleibt sie aber außen vor. In Verhandlungen müssen beide Verhandlungspartner davon ausgehen können, dass der jeweils andere in der Lage ist, ein in schwierigen Gesprächen gefundenes Ergebnis auch in den eigenen Reihen durchzusetzen – mit anderen Worten: dass der verhandelte Kompromiss Bestand hat. Unter dem Gesichtspunkt eines effektiven Koalitionsmanagements und Regierungshandelns erscheint folglich das von Partei und außerparlamentarischen Initiativen geforderte »Mehr« über den gefundenen (und erreichbaren) Kompromiss hinaus als störend oder gar kontraproduktiv. Diese Gefahr ist mit der Logik der Regierungsbeteiligung unvermeidlich verbunden und zieht die Gefahr nach sich, dass die Parteiorganisation in Passivität und eine mürrische Duldung der Regierungsarbeit verfällt. Die Fähigkeit zur gesellschaftlichen Mobilisierung im außerparlamentarischen Raum wird geschwächt. Sich dieser Gefahr bewusst zu sein und ihr zu widerstehen, ist entscheidend für eine linke Partei in der Regierung. Dass gesellschaftliche Bewegungen einen Überschuss über das aktuelle Regierungshandeln produzieren, muss von den Akteuren in Regierung und Fraktion eben nicht als störende Uneinsichtigkeit gegenüber den jeweils real existierenden Handlungsspielräumen der Regierung verstanden und zurückgewiesen werden, sondern im Gegenteil als Möglichkeit aufgefasst werden, Kräfteverhältnisse und gesellschaftlichen Konsens weiter nach links zu verschieben.

In der Regel kommen Linke mit wenigen Vertrauten – persönlichen Referent*innen, Büroleiter*innen, Staatssekretär*innen, Pressesprecher*innen – an die Spitze einer Verwaltung mit mehreren hundert oder gar tausend Mitarbeiter*innen, von denen nur wenige Mitglieder oder Wähler*innen der LINKEN sind. Anknüpfend am Selbstverständnis der Verwaltung als politisch neutral gilt es im intensiven Dialog deutlich zu machen, dass man gemeinsam an der Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziele arbeiten will und dabei auf die fachliche Kompetenz der Verwaltungsmitarbeiter*innen angewiesen ist. Bei aller bürokratischen Routine besitzen die Verwaltungsmitarbeiter*innen einen großen Schatz an Erfahrungs- und Fachwissen. Dies gilt es, für die angestrebte Neuorientierung zu nutzen. Zugleich gilt es, die Rolle der Verwaltung im politischen Prozess neu zu definieren, zu

»transformieren«. Denn auch eine Verwaltung, die die neue politische Spitze unterstützt, stellt »weder die Reproduktion der gesellschaftlichen Arbeitsteilung im Staatsapparat – die hierarchische Bürokratisierung – infrage, noch grundsätzlich die im Staat verkörperte Spaltung in »Leitende« und »Geleitete«.³⁸¹ Es ist notwendig, sich aus der Verwaltung in die Zivilgesellschaft heraus zu begeben, dies aber zusammen mit der Verwaltung zu tun. Formen der Partizipation, der gemeinsamen Erarbeitung von Reformprojekten und ihrer Umsetzung müssen gemeinsam mit außerstaatlichen Akteuren und Bewegungen erarbeitet werden. Selbstverständlich gibt es auch Widerstände aus (Teilen) der Verwaltung sowohl gegenüber solchen Verfahren als auch gegenüber konkreten, die bisherige Praxis verlassenden oder gar konterkarierenden politischen Vorhaben. »Selbstverständlich«, schreibt Poulantzas, »muss man auch hier die Widerstände des Personals betonen, von jenem Personal ganz zu schweigen, das seiner Rolle als Wachhund des Blocks an der Macht treu bleibt.«³⁸²

Das Beispiel des Berliner Mietendeckels zeigt aber, dass auch aus den Reihen der Administration überraschende Vorstöße für progressive Politik kommen können, denn die Idee des Mietendeckels und die entsprechenden rechtlichen Überlegungen kamen von einem Verwaltungsjuristen. Dieses Beispiel illustriert, dass »die Widersprüche zwischen den herrschenden und den beherrschten Klassen [...] sich als Distanzierung dieser Teile des staatlichen Personals von den eigentlichen bourgeoisen Spitzen aus(wirken) und [...] sich in Spaltungen, Rissen und Brüchen im Inneren des Personals und der Staatsapparate manifestieren«.³⁸³

Ein wesentliches Element einer linken Strategie in der Regierung müssen deshalb auch Maßnahmen zur Demokratisierung der Staatsapparate sein – wie die Stärkung plebiszitärer Formen, die Weiterentwicklung der Konzeption der Bürgerhaushalte, »Open Data« statt des überkommenen Prinzips der Amtsverschwiegenheit, neue Partizipationsformen z.B. durch Etablierung von gesellschaftlichen Beiräten und ihre Ausstattung mit Kompetenzen, um Blockaden der Ministerialapparate zumindest partiell durchbrechen zu können. Oder wie Andrej Holm es formulierte: Es muss »einen formalisierten Prozess der gemeinsamen Diskussionen« geben, »bei denen Initiativen als gleichbe-

³⁸¹ Nicos Poulantzas, a.a.O., S. 188.

³⁸² Ebd., S. 189.

³⁸³ Ebd., S. 187

rechtigte Partnerinnen angesehen werden und nicht in einer Bittstellerfunktion verharren«. ³⁸⁴

Bewusstsein über die Widersprüche linken Regierens schaffen

Dem Widerspruch, als Partei und erst recht als Regierungspartei Teil des bürgerlichen Staates zu sein und gleichzeitig über die bürgerliche Gesellschaft hinaus gelangen zu wollen, entkommt man nicht. Die Formulierung sogenannter roter Haltelinien – sei es Sozialabbau oder Kriegseinsätze – greift zu kurz, geht am eigentlichen Problem vorbei. So wichtig rote Haltelinien auch sein mögen – zu benennen, was nicht sein darf, ist noch keine Strategie in Regierungsfragen. Es ist notwendig, jeweils konkret die zentralen Themen eines grundlegenden Politikwechsel zu identifizieren, für sie zu mobilisieren und gesellschaftliche Mehrheiten dafür zu gewinnen. Reicht es nicht zu einer grundlegenden Veränderung der Politik und kommt es nur zu einigen punktuellen Verbesserungen, bietet die Stützung einer Minderheitsregierung eine Option. Sie ermöglicht eine Politik wechselnder Mehrheiten und unterwirft DIE LINKE nicht der Disziplin und dem unbedingten Einigungszwang einer Koalitionsregierung. DIE LINKE behalte ihre Freiheit der Kritik und die Möglichkeit, zusammen mit außerparlamentarischen Bewegungen Druck auf die Regierung auszuüben und so die Kräfteverhältnisse zu verschieben. Aber die Bildung einer Minderheitsregierung hängt nicht allein vom Willen der LINKEN ab, sondern auch von der Bereitschaft möglicher Partner, sich in eine solche Konstellation zu begeben. So kann es passieren, dass DIE LINKE rasch wieder vor der Koalitionsfrage steht, der sie nicht einfach ausweichen kann. Sie wird derartige Herausforderungen nur dann bestehen können, wenn sie im Vorfeld konkrete Reformvorhaben formuliert, die über den Rahmen sozialdemokratischer Politik hinausgehen und auf eine andere gesellschaftliche Logik verweisen. Nur im gemeinsamen Kampf mit außerparlamentarischen Initiativen für gesellschaftliche Mehrheiten wird ein Regierungseintritt von Erfolg gekrönt sein.

³⁸⁴ Andrej Holm, Linkes Regieren ist mehr als eine Linke in der Regierungsverantwortung, März 2021; www.zeitschrift-luxemburg.de/linkes-regieren-ist-mehr-als-eine-linke-in-regierungsverantwortung/.

Aber auch die Ablehnung eines Regierungseintritts bedarf einer gesellschaftlichen Unterstützung und eines gesellschaftlichen Lagers, das eine solche Entscheidung trägt. Unverzichtbar im Falle einer Regierungsbeteiligung bleibt die Entwicklung einer bewussten und klug kalkulierten Arbeitsteilung zwischen der »Partei im Staatsapparat« und der »Partei außerhalb des Staatsapparats«. Die Fähigkeit der Partei, gesellschaftliche Mobilisierungen voranzutreiben, die über den aktuellen Regierungskompromiss hinausgehen, muss erhalten bleiben, ohne in offenen Widerspruch zur »Partei im Staatsapparat« zu geraten. Eine solche Arbeitsteilung verlangt ein hohes Bewusstsein über die damit verbundenen Widersprüche und Probleme sowie die Fähigkeit, die jeweils unterschiedlichen Rollen der Partei innerhalb und außerhalb des Staatsapparats zu verstehen und wechselseitig zu akzeptieren. Bei allen Schwierigkeiten, es bleibt dabei: Die notwendige Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse kann nicht durch noch so kluge Verhandlungstaktik und Entscheidungen am Kabinetttisch ersetzt werden.